

NACHRICHTEN

Soziale Sicherheit der Grenzgänger

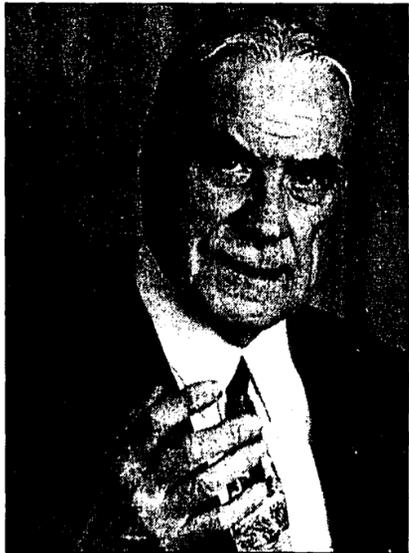
PARIS: Das französische Arbeitsministerium und das Ministerium für europäische Fragen haben beschlossen, unabhängige Experten mit einer Untersuchung über die soziale Sicherheit der Grenzgänger zu beauftragen, die in der Schweiz arbeiten. Das teilten die beiden Ministerien am Montag mit. Am vergangenen Freitag hatten sich deren Vertreter mit Organisationen der Grenzgänger getroffen. Die Grenzgänger sind über die Auswirkungen des Abkommens über den freien Personenverkehr auf die Krankenversicherung beunruhigt. Dieser bilaterale Vertrag zwischen der Schweiz und der EU sieht vor, das System der sozialen Sicherheit dem Land anzupassen, in dem die Grenzgänger arbeiten. Die Grenzgänger möchten zwischen dem französischen und dem schweizerischen System wählen können.

Schweizer Bankgeheimnis unter Druck

BERN: Der Druck auf das schweizerische Bankgeheimnis ruft die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats auf den Plan. Die WAK will Ende August Hearings mit Exponenten der EU und der OECD durchführen, wie ihr Präsident Rudolf Strahm (SP/BE) gestern mitteilte. Das gleiche Thema wird laut Strahm auch beim Besuch einer Delegation der Wirtschaftskommission des schwedischen Reichstags im September zur Sprache kommen.

«Mein Weg nach oben»: Buchstellen schwärzen

ZÜRICH: Der Schweizer Gartenbau-Unternehmer Werner H. Spross (Bild), aufgenommen



im April 1997 in seinem Büro in Zürich. Die superprovisorische Verfügung gegen das Buch von Werner H. Spross und Karl Wild «Mein Weg nach ganz oben» ist vom Oltner Gerichtspräsidenten grundsätzlich bestätigt worden. In einer neuen Verfügung wird Spross angewiesen, die beanstandeten Stellen zu schwärzen oder sonstwie unkenntlich zu machen, ansonsten das Buch aus dem Handel zu ziehen sei. Der in den Memoiren des früheren Grasshoppers-Mäzen scharf kritisierte frühere GC-Finanzchef Andreas Schenker hat gegen den Autor Strafanzeige wegen Ehrverletzung eingereicht

Mossad-Prozess vor Bundesstrafgericht

LAUSANNE: Seit Montag steht der Mossad-Agent, der im Februar 1998 in Köniz BE bei einer gescheiterten Abhöraktion verhaftet wurde, vor dem Bundesstrafgericht in Lausanne. Es ist der erste Fall, bei dem die Identität des Angeklagten im Dunkeln bleibt. Der Angeschuldigte, der sich als Issac Bental und Jacob Track ausgibt, wollte auch vor Gericht seine wahre Identität nicht bekanntgeben. Seine persönliche Sicherheit sei bedroht, sagte der rund 46-jährige Israeli, dessen Gesicht im Gerichtssaal nicht verdeckt war. Hans Wiprächtiger, Präsident des Bundesstrafgerichts, der den Prozess leitet, hatte ihn zu Beginn gefragt, ob er jetzt, wo er als Agent enttarnt sei, nicht seine wahre Identität preisgeben möchte. Bental hatte schon in den Untersuchungen gestanden, dass er für die Einreise in die Schweiz echte Pässe mit falschen Angaben benutzt habe. «Auch die Verteidigung kennt den wahren Namen nicht», fügte Bental's Anwalt Ralph Zloczower hinzu. Die Geheimhaltung diene dem Schutz des Angeschuldigten. Angesichts seiner Tätigkeit und seines Arbeitgebers seien Attentatsversuche aus Rache nicht auszuschließen.

Werbung mit «Gemeinnutzen»

Grand Casino Zürich-Nord will seine Ausgangslage verbessern: Gewinne für Kultur und Jugend

ZÜRICH: Die Träger des geplanten Grand Casino in Zürich-Nord werben mit Gemeinnutz beim Bund um eine der wenigen begehrten Casino-Konzessionen. Von den millienschweren Spielerträgen sollen auch Jugend, Kultur und Anwohner profitieren.

Mit angepeilten Nettoeinnahmen von jährlich 90 bis 150 Millionen Franken würde gemäss den Promotoren in Zürich-Nord das grösste Schweizer Casino entstehen. Rund zwei Drittel der Erträge fliessen gemäss Spielbankengesetz des Bundes in die AHV-Kasse.

Den «volkswirtschaftlichen Nutzen noch glaubhafter darstellen» wollen die Promotoren des Casinos mit Hilfe der «Kulturstiftung für die Region Zürich» und des Vereins «Pro Zürich Nord», wie Franco Rota, Verwaltungsratspräsident der Zürich Entertainment Casino AG (ZEC), gestern vor den Medien sagte. Die anfangs Jahr für diesen Zweck gegründeten Vereinigungen gehören der Trägerschaft an.

Rund drei Millionen jährlich für Projekte

Ulrich Bremi, alt Nationalrat (FDP) und Unternehmer, will als Präsident der Kulturstiftung mit dem Geld neben Kulturanlässen im Grossraum Zürich auch Bildungsprojekte – insbesondere für die Jugend – fördern. Der Stiftung würden jährlich 10 Prozent des Nettoertrages zufließen, mindestens jedoch 2,5 Millionen Franken.

Kurt Wirth, alt LdU-Gemeinde-



Franco Rota (Mitte), Verwaltungsratspräsident der Zürich Entertainment Casino AG (ZEC), und Kurt Wirth (rechts), Verwaltungsrat der Casino Zürich AG, demonstrieren ihr Geschick am Roulettedisch. (Bild: Key.)

rat im Stadtparlament und Vereinspräsident, erhält in die Kasse von «Pro Zürich Nord» jährlich mindes-

tens 250 000 Franken oder 1 Prozent des Nettoertrags aus dem Casino. Der Verein verstehe sich als Vertre-

terung für die orstansässige Bevölkerung und will in Zürich-Nord soziale und kulturelle Projekte fördern und finanzieren.

Geplanter Baubeginn im Herbst 2001

In Zürich-Nord hinter dem Bahnhof Zürich-Oerlikon soll auf einer Fläche von 4500 Quadratmetern ein Casino-Grossbetrieb mit rund 350 Angestellten entstehen. Sie wollen jährlich bis zu 1 Million Casino-Besucherinnen und Besucher bedienen und rechnen damit, dass diese auf den 30 bis 35 Spieltischen und in mindestens 350 Automaten im Durchschnitt 125 bis 150 Franken verspielen.

Konzessionsvergabe im Herbst

Hinter der ZEC, die beim Bund die Betriebskonzession einreicht, stehen zu gleichen Teilen die Schweizerische Escor AG, die German Casino Management Group und die Admiral Casinos & Entertainment. Der Bund wird die Konzessionen voraussichtlich im Herbst 2001 vergeben.

Für den von der ABB Immobilien AG zu erstellenden Casino-Bau mit Läden, Büros, Wohnungen und einem Parkhaus wird in den nächsten Wochen die Baubewilligung erwartet. Die Baukosten sollen 95 Millionen Franken betragen.

Sofort nach der erhofften Konzessionserteilung könne mit dem Bau begonnen werden, der rund zwei Jahre dauern soll. In Zürich kämpfen mindestens zwei weitere Casino-Projekte (Kongresshaus, Hardturm) um die Gunst des Bundes.

Kein Heimatschutz

Parallelimport: Missbräuche bekämpfen

BERN: Das Patentrecht soll nicht für Wettbewerbsbeschränkungen beim Import missbraucht werden. Mit präsidialem Stichtscheid verlangt die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrates eine Ergänzung des Kartellgesetzes.

Im Ausland in Verkehr gebrachte und in der Schweiz patentierte Waren dürfen nicht ohne Zustimmung des Patentinhabers eingeführt werden. Mit diesem Urteil zugunsten der Kodak SA und gegen die Jumbomarkt AG hatte das Bundesgericht im Dezember 1999 eine Debatte über die Zulässigkeit von Parallelimporten ausgelöst.

Auch die WAK des Nationalrates

schaltete sich ein und liess die Problematik vom Bundesrat untersuchen. Mit dem Bundesgericht kam die Landesregierung zum Schluss, es trotz einer Gesetzeslücke beim Prinzip der «nationalen Erschöpfung im Patentrecht» zu belassen und Missbräuche allenfalls mit dem Kartellrecht zu bekämpfen.

Diesen Weg beschreitet nun auch die WAK, indem sie mit einer Motion eine Ergänzung des Kartellgesetzes verlangt. Untersagt werden sollen alle auf Rechte des geistigen Eigentums gestützte Verhinderungen von Parallelimporten aus Ländern, in denen die Bedingungen mit den schweizerischen vergleichbar sind.

Steuerreduktion

Ausgleich für Fluglärm-Belastungen verlangt

ZÜRICH: Wer stark vom Fluglärm um den Flughafen Zürich-Kloten betroffen ist, soll weniger Steuern zahlen müssen. Dies fordert ein parteiloser Zürcher Kantonsrat und Linienpilot in einer am Montag eingereichten Motion.

Die Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Bewohnerinnen und Bewohner der vom Lärm stark betroffenen Regionen um den Flughafen sollen über reduzierte Steuern ausgeglichen werden, schreibt der Motionär. Verlangt wird diese Entlastung von einem Linienpilot.

Der Regierungsrat solle einen abgestuften Belastungsplan erstellen. Dabei seien der Fluglärm und die

Flugbewegungen zu berücksichtigen.

Von der Staatssteuer entbinden

Der Motionär schlägt vor, dass die meistbelasteten Bürgerinnen und Bürger vollständig von den Staatssteuern entbunden werden. Je mehr die Belastung für die betroffenen Regionen abnimmt, desto kleiner soll die Reduktion der Staatssteuer sein.

Für die am wenigsten stark betroffenen Regionen soll noch eine Steuerreduktion von 15 Prozent gewährt werden. Steuerlich nicht begünstigt werden sollen die juristischen Personen.

Jugendliche als Risikogruppe

Vergleichende Studie zu Sozialhilfe in acht Schweizer Städten

BERN: Auf Sozialhilfe angewiesen sind vor allem allein lebende Personen. Auch junge Menschen laufen zunehmend Gefahr, in Armut zu geraten. Arbeitslosigkeit ist dabei ausschlaggebend, wie eine in acht Schweizer Städten durchgeführte Datenerhebung zeigt.

Basel, Bern, Biel, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich haben die Daten zur Sozialhilfe gemeinsam erhoben. Ihre 37 in der Sozialarbeit tätigen Ämter präsentierten ihre Ergebnisse am Montag in Bern. Bis anhin fehlten nationale Statistiken, die einen Vergleich zwischen den Städten ermöglicht hätten.

Vorwiegend Alleinlebende

Die Zahl der Empfänger hat sich laut der Studie in den letzten Jahren

stabilisiert. Die Probleme und die Ausgaben sind weitgehend gleich geblieben. Mehr als 60 Prozent der Sozialhilfebezüger sind allein lebende Personen. In Biel und in St. Gallen beträgt dieser Anteil gar knapp 70 Prozent. Dahinter folgen Ein-Elternhaushalte, vor allem allein erziehende Mütter.

Alarmierende Zahlen bei den Jugendlichen

In den untersuchten Städten beziehen durchschnittlich 5,4 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe. Mit 7,5 Prozent Bezügerinnen und Bezüger befindet sich Biel an der Spitze, mit 3,6 Prozent bildet Winterthur das Schlusslicht.

Wie Ernst Wohlwend, Stadtrat von Winterthur, sagte, sind die Zahlen zu den Jugendlichen alarmierend. Zwar seien sie über die ge-

samten Empfänger gesehen nicht zahlreich; aber im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil seien sie in gewissen Städten markant überproportional vertreten.

Wohlwend zieht daraus den Schluss, dass die Jungen eine Risikogruppe darstellten. Analog zur Entwicklung im Arbeitsmarkt könnten einige in eine bedenkliche Lage geraten, warnte er.

Denn die Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf die Sozialhilfe seien offensichtlich: 54 Prozent seien wegen Arbeitslosigkeit Sozialhilfe-Empfänger. 42 Prozent treten aus der Hilfe aus, sobald sie eine Arbeit finden oder ihr Pensum erhöhen könnten.

Politische Forderungen

Die Studie hat den Städten, die einen verbesserten Sozialschutz for-

dern, den Rücken gestärkt. Sie wollen deshalb in den nächsten Monaten konkrete politische Forderungen vorbringen.

Kinderhorte zur Verfügung stellen

Die Berner SVP-Gemeinderätin und Präsidentin der Städteinitiative, Ursula Begert, betonte die Notwendigkeit, Kinderhorte zur Verfügung zu stellen. Zwar müssten es solche sein, die den finanziellen Möglichkeiten der Eltern besser gerecht würden. Sie forderte zudem raschmöglichst Steuererleichterungen für Familien.

Lausanne will seinerseits im Rahmen der Revision der Arbeitslosenversicherung den Schutz der Langzeitarbeitslosen verstärken. Dabei sollen die Städte im Finanzausgleich besser berücksichtigt werden.